Nr. 157. Dienstag, den 8. Juli 1913. 27. Jahrgang.

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt“ und „Die arbeitende Jugend“) durch die Post bezogen ohne Bringegeld monatlich ℳ 1,20, vierteljährlich ℳ 3,60; durch die Kolporteure wöchentlich 30 ₰ frei ins Haus. Einz. Nr. 5 ₰. Sonntags-Nummer mit illustr. Beilage „Die Neue Welt“ 10 ₰. Kreuzbandsendungen monatlich ℳ 2,70, für das Ausland monatlich ℳ 4,—.

Redaktion: Fehlandstraße 11, 1. Stock. Hamburg 36 Expedition: Fehlandstraße 11, Erdgeschoß.
Verantwortlicher Redakteur: Richard Perner in Hamburg.

Anzeigen die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 ₰, Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen 20 ₰. Anzeigen-Annahme Fehlandstr. 11, Erdgeschoß (bis 5 Uhr nachmittags). in den Filialen, sowie in allen Annoncen-Bureaus. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Reklamen im redaktionellen Teil werden weder gratis noch gegen Entgelt aufgenommen. Buchhandlung und Buchdruckerei-Kontor: Fehlandstr. 11, Erdgeschoß.

Filialen: St. Pauli, ohne Amandastraße, bei Franz Würzberger, Annenstr. 17. Eimsbüttel, Langenfelde bei Carl Dreyer, Fruchtallee 42. Hoheluft, Eppendorf, Groß-Borstel und Winterhude bei Ernst Großkopf, Meldorferstr. 8. Barmbeck, Uhlenhorst bei Theodor Petereit, Heinrich Hertzstr. 145. Hohenfelde, Borgfelde, Hamm, Horn, Schiffbeck und Billwärder bei Carl Ortel, Baustr. 26. Hammerbrook bis Ausschläger Billdeich bei Rud. Fuhrmann, Süderkaistr. 18. Rotenburgsort und Veddel bei Fr. Hübener, Billh. Röhrendamm 213a, Hchpt. Wilhelmsburg bei Adolf Bendt, Schulstr. 22a. Eilbeck, Wandsbeck, Hinschenfelde und Ost-Barmbeck bei Franz Krüger, Kurze Reihe 34. Altona bei Friedr. Ludwig, Bürgerstr. 22. Ottensen, Bahrenfeld bei Franz Rose, Hohenesch 3, part.

Hierzu zwei Beilagen.

Die Ausnahmegesetz-Propaganda.

Unermüdlich sind die Scharfmacher am Werke, auf die Regierung und die bürgerlichen Parteien einzuwirken zugunsten des Erlasses neuer Ausnahmegesetze gegen die Sozialdemokratie und die freien gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen. Zu Beginn des jetzt beendeten Sessionsabschnittes des Reichstages hatten die Konservativen einen scharfen Vorstoß in dieser Richtung geplant, der nur deshalb nicht zur Ausführung gelangte, weil das Interesse des Parlaments und aller Volkskreise durchaus auf die Wehr- und Deckungsvorlagen sich richtete und alle andern Fragen daher in den Hintergrund traten. Aber die „Triarier Seiner Majestät“ haben auch in dieser Zeit wenigstens nicht unterlassen, in ihrer Presse und in ihren Versammlungen so gewissenlos und frivol wie nur möglich die Forderung nach neuer ausnahmerechtlicher Vergewaltigung der Arbeiterklasse zu erheben. Die „Kreuzzeitung“, die „Deutsche Tageszeitung“ und andere konservative Organe haben des öftern ausgeführt, daß es geradezu im „nationalen Interesse“ geboten sei, einen gesetzlichen „Schutz gegen den sozialdemokratischen Terrorismus“, vor allem einen „Schutz der Arbeitswilligen“ zu schaffen, und zwar so bald als möglich. Daß es der Regierung nicht am guten Willen fehlt, dem Scharfmachertum entgegenzukommen, steht fest. Und auch in den Kreisen des Zentrums und der Nationalliberalen gibt es ganz ohne Zweifel eine Richtung, die geneigt ist, der Hetze der Ordnungspolitiker Konzessionen zu machen.

Im März vorigen Jahres hat zwar die Reichsregierung eine ablehnende Haltung eingenommen. Doch spendete damals der preußische Minister des Innern, v. Dallwitz, gelegentlich der Besprechung der Ruhrstreikinterpellationen im preußischen Abgeordnetenhause den Trost: es sei „eine der vornehmsten Pflichten des Staates, jede redliche Arbeit zu schützen, jedem Staatsbürger, dem Arbeitnehmer wie dem Arbeitgeber, die Möglichkeit zu geben, ungefährdet und ungestört seinem Berufe und seiner Aufgabe nachzugehen“.

Diese Erklärung haben die Scharfmacher, gewiß nicht unzutreffend, dahin ausgelegt, daß die preußische Regierung durchaus auf ihrem Standpunkt steht und bereit ist, diesen im Bundesrate zu vertreten. Ihre Organe erinnern an die Worte des preußischen Polizeiministers und fordern kategorisch ihre Erfüllung. Die preußische Regierung soll im Bundesrat sich einsetzen dafür, daß der reichsgesetzliche „Arbeitswilligenschutz“ kommt.

Neue Nahrung hat diese bösartige Propaganda seit etwa einem Jahre dadurch bekommen, daß nicht nur der deutsche Handwerks- und Gewerbekammertag und eine große Anzahl von Innungen, sondern auch viele Handelskammern, in erster Linie die des rheinisch-westfälischen Industriebezirks unter der Einwirkung des großindustriellen Unternehmertums, sich für einen „besseren Arbeitswilligenschutz“ ausgesprochen und ihre Wünsche in Eingaben an den Reichstag und den Bundesrat kundgegeben haben.

Daß diese Propaganda nicht ohne Wirkung im Sinne des berufsmäßigen Scharfmachertums auf das Zentrum, die Nationalliberalen und auf einen Teil der Fortschrittler bleiben kann, ist ohne weiteres klar. Mit dieser Tatsache ist für die nächste Zukunft zu rechnen. Es ist nicht zu unterschätzen, was kürzlich in einem Artikel der „Kreuzzeitung“ der Syndikus der Barmer Handelskammer, Dr. Hans Coelsch, verkündet hat: „Der Reichstag und der Bundesrat muß und wird folgen!“

Die Frage ist nur die, wie diese beiden Faktoren folgen werden. Wir glauben nicht, daß im Reichstag aus den Fraktionen der liberalen Parteien und des Zentrums sich mit den Konservativen eine Mehrheit für ein direktes Ausnahmegesetz gegen das Streikpostenstehen usw. zum „Schutz der Arbeitswilligen“ bilden wird. Das verbietet den angeblich „antireaktionären“ bürgerlichen Parteien die spekulative Rücksichtnahme auf die katholischen und die „national gesinnten“ Arbeiter, die ja auch gleich den sozialdemokratischen sehr wohl wissen, daß es sich im Kern der Sache nicht um die „Sicherung der Freiheit der Arbeit“, sondern um die Vernichtung des Koalitionsrechts der Arbeiter und der Arbeiterorganisationen handelt. Das wird man indirekt, nicht unter Erlaß eines Sondergesetzes, eines Ausnahmegesetzes nach dem Muster des Sozialistengesetzes, der Umsturz- und Zuchthausgesetz-Vorlagen, sondern auf der Basis und im Rahmen des sogenannten „gemeinen Rechts“ zu erreichen versuchen. Die „Reform des Strafrechts“, mit der sich die Regierung und eine von ihr berufene Juristenkommission nun schon einige Jahre beschäftigen, ist dazu ausersehen, die Tendenzen und die Wünsche der Scharfmacher und der ihnen verbündeten Reaktionsgewalten zu praktischer Gestaltung zu bringen. In das sogenannte „gemeine Recht“, das ja, diktiert und beherrscht von den Interessen und Anschauungen der herrschenden Stände und Klassen, alles in allem ein Ausnahmerecht gegen die Arbeiterklasse ist, sollen neue ausnahmerechtliche Bestimmungen gegen die Arbeiterbewegung eingefügt werden.

Solch eine „gemeinrechtlich“ bewirkte Konstruierung ausnahmegesetzlicher Bestimmungen ist viel schlimmer als ein auf Entrechtung gerichtetes Sondergesetz, das das Stigma der Tendenz ausnahmerechtlicher Vergewaltigung ganz unverkennbar trägt. Viel schlimmer einmal deshalb, weil sie einer rechtsschänderischen Heuchelei dient, welche bezweckt, über die Tendenz hinwegzutäuschen, und sodann — und hauptsächlich — weil seiner Beseitigung weit größere Schwierigkeiten entgegenstehen, als der eines direkten Ausnahmegesetzes. Ein solches hat viel mehr Festigkeit und Widerstandsfähigkeit gegenüber dem ihm opponierenden öffentlichen Rechtsbewußtsein, als die in das ganze System des gemeinen Rechts eingefügte ausnahmerechtliche Tendenz. Die Erfahrung lehrt, daß Sondergesetze gegen Bestrebungen, die den herrschenden Interessen mißfallen, immer nur eine beschränkte Dauer haben können, und insbesondere dann, wenn sie darauf berechnet sind, den berechtigten und notwendigen Bestrebungen der Arbeiterklasse entgegenzuwirken. Das lehrt in geradezu drastischer Weise die Geschichte des Sozialistengesetzes. Gründet sich aber die ausnahmerechtliche Mißhandlung der Arbeiterklasse und der Arbeiterpartei auf eine Fälschung des Begriffes „gemeines Recht“, so trifft darauf das Wort Goethes zu: „Es erben sich Gesetz und Rechte wie eine ewige Krankheit fort“. Ewig zwar nicht im Sinne einer unbedingt unbeschränkten Dauer, aber doch in dem Sinne, daß das „gemeine Recht“ mit seinen Ungerechtigkeiten ein sehr zähes Leben hat, weil in ihm die politische Unwahrhaftigkeit und Gewissenlosigkeit der herrschenden Gewalten, Klassen und Parteien unter heuchlerischer Berufung auf „Gleichheit im Recht“ Verstecken spielen kann.

Daß es der diese Gleichheit verneinende, die Arbeiter als gehorsamspflichtige Heloten behandelnde Geist des Arbeitsherrentums ist, in welchem die Propaganda für den „Schutz der Arbeitswilligen“ sich vollzieht, daß sie alles in allem den Zweck hat, die freie und selbständige Betätigung der Arbeiterklasse für ihre berechtigten Interessen zu verhindern — diese Tatsache war schon immer eine ganz offenkundige. Aber wie kommt der Konservatismus und Agrarismus, wie kommt die Junkerpartei dazu, diese Propaganda zu unterstützen? Es gab eine Zeit, wo Wortführer und Organe dieser Partei das Recht der Arbeiter anerkannten, im Kampfe gegen das industrielle Unternehmertum solidarisch ihre Interessen zu wahren und zu fördern. In den sechziger und auch noch in den siebziger Jahren hat die „Kreuzzeitung“ z. B. öfter diesen Standpunkt gegenüber dem „destruktiven Liberalismus“ vertreten. Der Konservatismus hat stets als geschworener Feind des industriellen Kapitalismus sich bekannt und betätigt. Er hat alles getan, was in seinen Kräften stand, um die Entwicklung dieser wirtschaftlichen und politischen Macht zu verhindern oder zu erschweren. Als Partei feudalistischer Anschauungen und Tendenzen, als Partei des agrarischen Großbetriebes haben die Konservativen gar keine Interessen mit dem Großindustrialismus gemein. Wir haben früher manche konservative Stimmen vernommen, die verkündeten, die Arbeiterbewegung sei die notwendige Reaktion auf den Kapitalismus, die durchaus gebotene Verteidigung der Arbeiter gegen das kapitalistische System (Rodbertus, Huber, Wagener, Rudolf Meyer u. a.). Unter diesem Gesichtspunkt haben die Konservativen im Jahre 1869 im Norddeutschen Reichstag auch der gesetzlichen Anerkennung des Koalitionsrechts der Arbeiter zugestimmt. Sie erhofften von der Ausübung dieses Rechts eine Schwächung des Deutschland als Agrarstaat überwindenden Großindustrialismus. Und deshalb haben sie damals auch die Streiks sehr viel ruhiger und objektiver beurteilt als die Liberalen.

Das ist lange her. Längst wetteifern die Junker, die Agrarier, die Männer des „konservativen Prinzips“ mit dem Schlotjunkertum im Kampfe gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter und die Arbeiterorganisationen. Weshalb? Sie selbst sind ja immer noch ausreichend geschützt gegen die Anwendung dieses Rechts, gegen Streiks und Streikpostenstehen, gegen Streikterrorismus. Wohl hat im Anfange seiner Regierung der Mann, als dessen „Triarier“ sie sich rühmen, Wilhelm II., in einem Erlaß (4. Februar 1890) erklärt, es sei Aufgabe der Staatsgewalt, daß der Anspruch der Arbeiter auf gesetzliche Gleichberechtigung geachtet und gesichert werde, — aber bis heute gibt es für die Arbeiter der Landwirtschaft kein Koalitionsrecht, kein Streikrecht. Was geht die Interessen der agrarischen Großkapitalisten dieses Recht, der „Schutz der Arbeitswilligen“, das Streikpostenstehen usw. an? Solidaritätsgefühl, gemeinsames Interesse ist es wirklich nicht, was sie in Bekämpfung des Koalitionsrechts der Arbeiter zu Bundesgenossen des industriellen Unternehmertums gemacht hat. O nein, die Junker und Junkertrabanten verfolgen dabei ganz andere Zwecke als letzteres, das lediglich sein Arbeitsherrentumsrecht, seine wirtschaftliche Autorität geltend macht. Der Konservatismus will auch nur ganz nebenbei dem kleingewerblichen, dem zünftlerischen Unternehmertum Rechnung tragen aus rein parteipolitischen Gründen. Was er treffen will, das ist nicht das Streikrecht, nicht das Streikpostenstehen, nicht der „sozialdemokratische Terrorismus“. Das alles ist ihm nur Vorwand, hinter welchem die Tendenz steht, jede Ausgestaltung der gesetzlichen Gleichberechtigung auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete zu verhindern, bezw. diese Ausgestaltung rückgängig zu machen, soweit sie besteht, das ganze Staats- und Wirtschaftsleben rückwärts zu „reformieren“. Die Junkerpartei fürchtet die Sozialdemokratie und die freie selbständige Arbeiterbewegung als die Macht, die dieser Tendenz erfolgreich zu begegnen vermag. Und deshalb bekennt sie sich zu jedem Mittel, das „geeignet erscheint“, diese Macht zu unterdrücken. Sie weiß, daß im Zuge der freiheitlichen Entwicklung im großen Emanzipationskampf der Arbeiter Gewicht sich an Gewicht hängen muß, und deshalb sollen die Arbeiter kein Gewicht, d. h. keine Rechte haben!

Das ist die Quintessenz der Erwägungen, welche die Konservativen in ihren Bestrebungen nach neuen Ausnahmegesetzen leiten. Und es ist wirklich ein Treppenwitz der Weltgeschichte, daß sie da „ein Herz und eine Seele“ sind mit dem antiagrarischen Großkapitalismus!

Der neue Balkankrieg.

Was ist Wahrheit?

Zwei Depeschen aus Berlin, 6. Juli, kennzeichnen am besten die „Zuverlässigkeit“ der Balkan-Berichterstattung. Sie lauten:

Der Königlich Serbischen Gesandtschaft ist folgende amtliche Mitteilung zugegangen: Die über große bulgarische Erfolge verbreiteten Gerüchte sind falsch. Es ist nicht richtig, daß die bulgarischen Truppen Fortschritte machen. Sie sind vielmehr über den Fluß Bregalnitza zurückgedrängt. Istip war von Anfang an in bulgarischen Händen und befindet sich jenseits der beiderseitigen Demarkationslinie. Den Ort Gjewgeli hatten die Bulgaren durch Ueberrumpelung genommen, sind jedoch bereits daraus vertrieben worden. Die Timok-Division zweiten Aufgebots befindet sich auf der linken Seite des Wardar und der Bregalnitza. Bei Egri Palanka haben lediglich größere Vorpostengefechte stattgefunden.

Die hiesige Königlich Bulgarische Gesandtschaft teilt mit: Das bulgarische Hauptquartier dementiert die serbische Meldung über den angeblichen serbischen Sieg bei Kotschani über die siebte bulgarische Division. Die Serben haben gestern unweit Kotschani die mazedonische Freiwilligenlegion heftig angegriffen, welche diesen Angriff energisch abgeschlagen hat. Zu derselben Zeit hat die siebte bulgarische Division die Serben von der Front angegriffen und gezwungen, sich zurückzuziehen.

Die verspätete Kriegserklärung.

Der serbische Geschäftsträger in Sofia verständigte die bulgarische Regierung mittels einer Note davon, daß infolge des tückischen Ueberfalls der bulgarischen Armee vom 30. Juni und weiterer Ueberfälle es vollkommen erwiesen erscheint, daß die bulgarische Regierung, von unbegreiflichem Hasse und Feindseligkeit geleitet, den Krieg gegen Serbien ohne Kriegserklärung eröffnet und hiermit den Bund und das Freundschaftsbündnis zerrissen hat. Von heute an betrachtet daher die serbische Regierung alle Beziehungen mit Bulgarien als abgebrochen und ruft ihren Gesandten ab. — Davon wurde auch der bulgarische Gesandte Toschew verständigt.

Die bulgarischen Gesandten in Belgrad und Cettinje sind abberufen worden. Der Schutz der bulgarischen Untertanen und die bulgarischen Interessen in Serbien und Montenegro sind Rußland anvertraut worden. Die Sobranje ist für morgen einberufen.

Bulgarische Meldungen.

Auf dem Timokplateau besiegten bulgarische Truppen beim Vorrücken am Sonnabend die zweite serbische Kolonne, die von Kniazewatz auf Belogradschik marschierte, vollständig. Fünf Kanonen, zwei Mitrailleusen, 100 Transportwagen und eine Menge Munition wurden von den Bulgaren erbeutet.

Am Sonnabend unternahmen auf dem mazedonischen Kriegsschauplatz die Serben mit beträchtlichen Streitkräften zwei Angriffe in der Richtung südöstlich von Istip. Die bulgarischen Truppen haben einen Gegenangriff unternommen und die Serben mit empfindlichen Verlusten zurückgeschlagen.

22 kleinere serbische Abteilungen stiegen am Sonnabend vom Berge Golemorh in das Dorf Gorno Tlamino im Bezirk Boßlegrad hinab, plünderten dieses und führten zahlreiche Mädchen und Frauen ins Gebirge fort.

Die zwischen Egri Palanca, Krotowo und Kumanowo operierende serbische Morawodivision findet sich durch einen Angriff des Generals Toschew umgangen und hat schwere Verluste erlitten.

Wie die Wiener „Militärische Rundschau“ meldet, soll es der 14 000 Mann starken, vermutlich von Egripolanka vorgeschickten bulgarischen Kolonne gelungen sein, bis Wronja vorzudringen. Sie soll jetzt die serbische Rückzugslinie bedrohen.

Der Spezialkorrespondent der „Reichspost“ in Sofia meldet: In der Schlacht an der Bregolnitza wurden bei dem siegreichen Gegenangriff der bulgarischen Armee südlich von Deslinivi das dritte, das vierte und das elfte serbische Regiment vollständig aufgerieben. Von den 15 000 Mann der Timokdivision, die den westlichen Flügel der Serben bildete und durch Einklammerung vollständig zerdrückt wurde, blieben nur 4000 Mann am Leben. Vom Westen und Osten durch Umgehung bedroht, trat die serbische Armee den Rückzug an. Die serbische Armee ist in Gefahr, im unteren Morawotal abgeschnitten zu werden.

Die serbische Darstellung.

Die bulgarischen Versuche, die Grenze bei Pirot zu überschreiten, sind mißglückt. Am Sonntag haben Bulgaren versucht, bei Obrenovatsch die Grenze zu überschreiten, sie wurden jedoch zurückgeschlagen.

Nach offiziellen Meldungen ist Krivolak von den Serben zurückerobert worden.

Das serbische Preßbureau berichtet ferner unterm 7. Juli: Unsere Truppen besetzten die Stadt Kotschana und das ganze Gebiet bis zum Bregalnitzaflusse, wo sie einen Kampf zu bestehen hatten mit den Resten des rechten bulgarischen Flügels, der auf den stark befestigten Stellungen vor der Stadt den Rückzug der vorher geschlagenen siebten (Rilo) und vierten (Preslaw) Division deckte. Unter Zurücklassung von Gewehren und Munition wurde der Feind nach erbittertem Kampfe geschlagen; er ging, von unseren Truppen verfolgt, in der Richtung Zarewo-Selo zurück. Alle bulgarischen Meldungen über angebliche Grenzverletzungen unserer Truppen werden in der augenscheinlichen Absicht in die Welt gesandt, ihre Angriffe auf unser Gebiet zu verschleiern. Die Bulgaren haben unsere Grenze an zwei Punkten angegriffen, bei St. Nicolas mit drei Regimentern Artillerie und bei Kadi Bogas mit zwei Regimentern und sechs Batterien. Beide Angriffe wurden von uns zurückgeschlagen. Die Behauptung, unsere Truppen hätten bei Egri Palanca bulgarisches Gebiet überschritten, ist unbegründet. Unsere Truppen sind an dieser Stelle von den Bulgaren angegriffen worden, warfen sie aber zurück.

Griechische Worte und Taten.

Das griechische Kriegsministerium teilt mit: Während eines Treffens in der Nähe von Sarighiol mußte eine griechische Kompagnie sich von einem Sturmangriff auf bulgarische Verschanzungen zurückziehen und einen Unterleutnant und einige Soldaten verwundet zurücklassen. Als bei einem zweiten Angriff die Verschanzungen genommen wurden, sahen die Griechen mit Schrecken, daß der Leutnant erschlagen und die Soldaten erwürgt und ihnen die Augen ausgestochen worden waren.

Die griechischen Truppen haben am Sonnabend abend Doirane besetzt. 150 bulgarische Soldaten sind in dem bulgarischen Athoskloster Zographos eingeschlossen und gefangen genommen worden.

Die griechische Regierung hat die Blockade über die hrazische Küste zwischen Enos und der Strymon (Struma)-Mündung, diese einbegriffen, (vom 26. Grad 5' bis 23. Grad 53' östlicher Länge Greenwich) auf fünf Meilen seeeinwärts angeordnet. Neutralen Schiffen, die sich in blockierten Häfen befinden, ist freie Abfahrt innerhalb 24 Stunden bewilligt. Ferner hat die griechische Regierung den Kriegszustand erklärt. Neutrale Schiffe, die nach den bulgarischen Häfen im Schwarzen Meere bestimmt sind, werden der Durchsuchung wegen Kriegskontrebande unterworfen.

Gerechtigkeit.

Eine weltliche Legende. Von Ernst Heilborn.

(Fortsetzung.)

Diesem Geständnis des Täters war die Bemerkung angefügt, daß dem allem wohl nur bedingt Glauben beizumessen sei.

Es sei unwahrscheinlich, daß der überaus schwächliche, lungenkranke junge Mann allein und ohne Mordwerkzeug imstande gewesen sei, drei Menschen vom Leben zum Tode zu bringen; allem Anschein nach habe er Komplicen gehabt. Es sei auffällig, daß man auf der doch immerhin belebten Straße von den Vorgängen im Ladeninnern nichts vernommen habe; nicht unmöglich, daß sich der ganze Vorgang zu späterer Stunde zugetragen habe. Auch lege die Polizei Gewicht darauf, daß sich das Werkzeug, dessen sich der Täter bedient und das er auf dem Arbeitstisch des Juweliers aufgegriffen haben wollte, weder an der Mordstätte noch anderswo gefunden habe.

Der alte Krölke hatte den Bericht mehrmals gelesen, nun lag das Zeitungsblatt sorgfältig geglättet auf dem Tisch, er selbst saß da und rieb sich die spitzen Knie mit den Händen.

Er war mit dem Fortgang, den die Sache nahm, soweit nicht unzufrieden, nur der Zusatz, den die Zeitung dem Geständnis angefügt hatte, verdroß ihn. Wozu der Zweifel? Er konnte sich den Vorgang so, wie ihn der Junge geschildert hatte, sehr gut vorstellen.

Entweder beruhte das Geständnis auf Wahrheit, und dann war nicht in Abrede zu stellen, daß sich der Bleichfratz forsch genug benommen hatte. Weiß Gott, er hätte ihm das nicht zugetraut. Oder aber, der Junge hatte die Geschichte erfunden, und dann war es klug zurechtgelegt. Von Mord konnte danach nicht die Rede sein. Auf diese Weise wanderte er höchstens einige Jahre ins Zuchthaus, da weder Absicht noch Ueberlegung nachzuweisen waren. Und wahrhaftig, ein paar Jahre auf hölzerner Pritsche gönnte er ihm.

Er mochte die Sache drehen und wenden, wie er wollte, zum ersten Mal in seinem Leben imponierte der Bankert ihm. Dabei setzte er seine verschmitzteste Miene auf. Soviel stand fest: Einnahmen, wie in den letzten Tagen hatte seine Kantine noch niemals aufzuweisen gehabt. Natürlich wollten alle hören, was er, der Vater, dazu sagte.

Nicht der geringste Verdacht war auf ihn selbst gefallen. Was er sich auch schon hätte verbitten wollen.

Er nahm das Geständnis wieder vor und las es wieder. Bei der Schilderung des Würgekampfes mit der Tochter zuckte er diesmal zusammen. Als griffe etwas nach seiner eigenen Kehle — — — Als wäre er, des Zusammenlebens mit diesem Auswurf überhoben, einer bösen Gefahr entronnen . . . .

Noch manchen Abend saß der Alte bei seiner Zeitung, nach Nachrichten ausspähend, wie der Geier nach Beute. Er fand nur wenig. Was war heutzutage imstande, die allgemeine Aufmerksamkeit dauernd zu fesseln? Es war ein Jammer. Auch in der Kantine wurde ihm das Bier längst wieder schal.

Eines Abends aber — es war darüber Herbst geworden und der Wind pfiff über die toten Rübenfelder — wurde ihm doch eine Genugtuung zu teil. Es stand da groß und deutlich in seinem Blatte zu lesen, daß es den aufopfernden Bemühungen der Aerzte gelungen sei, den Mörder des Juweliers Hase soweit herzustellen, daß er den Geschworenen vorgeführt werden könne.

Schließlich war das die Hauptsache und das, worauf es ankam. Zur Schwurgerichtssitzung war der alte Krölke als Zeuge geladen worden. Aufgerufen, trat er mit gutem Anstand vor.

„Sie sind der Vater des Angeklagten?“ fragte der Präsident.

„Der werd ich wohl nicht sein.“

„Was wollen Sie damit sagen?“

„Daß seine Mutter so eine war.“

„Was für eine?“

„Die's mit den Männern hat.“

Es war, als folget auf diese brutalen Worte eine Stille. Und durch die Stille röchelte es, kaum hörbar, doch durchdringend —: „Mutter!“

Einen Augenblick war der Angeklagte mit vorgestreckten Armen aufgeschnellt, um ebenso rasch auf die Brüstung der geschlossenen Bank wieder zurückzufallen.

Der Präsident verbat sich derartige Zwischenrufe des Angeklagten, als der Würde des Gerichtshofes zuwider, und wandte sich von neuem an den Zeugen. „Verteih' ich Sie recht, so bezichtigen Sie Ihre verstorbene Frau hier öffentlich des Ehebruchs. Haben Sie Beweise dafür?“

„Da brauchte man nur aus dem Hause heraus und sehen, wie sie den Männern Augen machte.“

„Das ist an sich noch kein Beweis für Untreue.“

„An Leuten, die sie gegen mich in Schutz nahmen, fehlte es der nie. Man weiß ja warum.“

Der Präsident zuckte die Achseln. Und zum Angeklagten: „Haben Sie etwas dazu zu bemerken?“

„Mutter — Mutter war immer gut. Und geschlagen hat er sie und mißhandelt, und ich hab's mit ansehen müssen.“ Und als käme diese arme gebrochene Stimme aus weiter Ferne: „Wär' Mutter am Leben geblieben —“

„Was wäre dann gewesen?“ fragte der Präsident.

Aber der Angeklagte war wieder ganz in sich zusammengesunken, vielleicht hörte er überhaupt nicht mehr, was gesagt wurde. Statt seiner antwortete der Verteidiger: „Der Angeklagte will wohl sagen, daß es mit ihm nicht so weit gekommen wäre, wenn seine Mutter noch lebte. Ich selbst möchte dem hinzufügen, daß ich Nachforschungen angestellt habe und mir von allen Seiten bestätigt wurde: Schuld an dem zerrütteten Familienleben habe die Frau sicherlich nicht getragen. Sie sei gut und brav gewesen, von ihrem Mann aber dauernd verdächtigt, aufs schwerste mißhandelt und um ihr bißchen Gesundheit gebracht worden.“

„Nun, im Grunde geht das uns hier wenig an,“ sagte der Präsident. Und wieder zum Zeugen: „Erzählen Sie uns einmal aus der Kindheit des Angeklagten.“

Der alte Krölke kratzte sich in den wenigen grauen Haaren, die seinen blanken Schädel umkränzten: „Der war immer, wie er so ist. Der stahl schon als Bengel das Brot aus dem Schranke. Und da war kein wahres Wort aus ihm herauszubringen. Lernen mocht er nie was. Ich hab ihn trotzdem aufs Technikum geschickt. Meint', es könnt doch noch was aus ihm werden. Ja, fang du den Fuchs am Schwanze! Hinter den Mädchen war er her, und da war ihm keine zu schlecht, und die sauer zusammengebrachten Groschen hat er vertrödelt.“

„Das war, als Ihre Frau noch lebte?“

„War damals schon tot.“

„Und nun sagen Sie uns etwas über die Krankheit des Angeklagten. Er hat hier angegeben, mehrmals einen Blutsturz gehabt und zwischendurch beständig Blut gehustet zu haben. Verhält sich das so?“

„War gleich ein Elend mit dem Wurm, wie's nur zur Welt kam. Wie ich ihn das erstemal sah, sagte ich zu meiner Frau: dem wollen wir nur gleich das Brett über die Wiege nageln.“

Der Verteidiger erbat sich das Wort zu einer Frage an den Zeugen. „Hier in meinen Akten steht, daß der Angeklagte zuerst als dreijähriges Kind einen Blutsturz gehabt haben soll, und zwar infolge väterlicher Mißhandlung. Bei einer früheren Vernehmung — der Angeklagte ist ja leider vielfach vorbestraft — soll festgestellt worden sein, Sie hätten das Kind einmal geschlagen und mit Füßen getreten, und gleich danach sei die Krankheit zum Ausbruch gekommen. Wissen Sie sich darauf zu besinnen?“

„Weiß ich nicht mehr.“

„Wie? Sie nahmen das wohl nicht sonderlich schwer?“

„Bricht leicht einer Blut. Ich hab meinen Abschied beim Militär auch nehmen müssen, weil ich's mit dem Blut gehabt.“

„Das ist ja interessant zu hören,“ sagte der Verteidiger.

„Trotzdem Sie dasselbe Leiden hatten, das den Angeklagten von Kind auf in seiner normalen Entwicklung gehemmt hat, glaubten Sie doch annehmen zu dürfen, der Angeklagte sei nicht Ihr Sohn? Meine Herren Geschworenen, ich bitte Sie, das zu beachten. Ich werde später in meiner Verteidigung auf diesen Punkt zurückgreifen.“

Der Präsident nahm wieder das Wort: „Der Angeklagte ist mehrmals wegen Diebstahls, einmal wegen Einbruchs vorbestraft. Er behauptet, nahezu alles Geld, das er auf diese Weise an sich brachte, an Sie abgegeben zu haben. Verhält sich das so?“

„Wie soll ich das wissen?“

„Sie müssen sich doch bewußt sein, von Zeit zu Zeit Geld von dem Angeklagten erhalten zu haben!“

„Er hat wohl manchmal etwas zu seinem Unterhalt beigetragen.“

„Sie wußten, daß er nicht arbeitete, nicht arbeiten konnte. Haben Sie sich nie über die Herkunft des Geldes beunruhigt?“

„Er sagte, er fände Gelegenheitsarbeit.“

„Das stimmt mit der Aussage des Angeklagten allerdings überein. Trotzdem, meine ich, hätte es Ihnen auffallen müssen, es hätte nahegelegen, ihn ernstlich zu befragen —“

„War ja kein wahres Wort aus ihm herauszubringen.“

„Sie haben sich also nie gewundert, daß ein offenbar Arbeitsunfähiger imstande war, Geld herbeizuschaffen?“

„Gewundert hab' ich mich, daß er mir noch immer auf der Tasche lag.“

„Gut, ich will auch das einmal gelten lassen. Wie kam es aber, frag' ich dann, daß Sie für die Unterhaltungskosten des Angeklagten aufkamen, trotzdem Sie doch Ihren eigenen Worten zufolge der Ueberzeugung lebten, er sei nicht Ihr Sohn? Aus Menschenfreundlichkeit? Davon haben Sie sonst nicht allzuviel Proben gegeben. Oder lohnte es sich doch etwa — infolge der Gelegenheitsverdienste des Angeklagten?“

„Ich ließ es so gehen, wie's ging.“

Der Präsident hatte seine Notizen gemacht. „Hat der Herr Staatsanwalt noch eine Frage an den Zeugen?“

Der Staatsanwalt erhob sich und verneinte. „Nach den Aussagen des Angeklagten scheint hier ein Verdacht der Mittäterschaft oder des Einverständnisses nicht begründet zu sein. Ich habe mir außerdem über den Zeugen bei der zuständigen Polizeibehörde Auskunft eingeholt, und die ist durchaus zufriedenstellend ausgefallen. Der Zeuge soll sogar mehrfach Gelegenheit gefunden haben, sein rechtliches Empfinden durch die Tat zu beweisen.“

„Dann ist der Zeuge entlassen.“

Sehr erhobenen Hauptes und mit seinen behaglich schlenkernden Schritten trat der alte Krölke von den Schranken zurück. Sein Blick fiel auf den Angeklagten, und er zuckte die Achseln, wie ein Mann, der das alles vorausgesehen und vorausgesagt, es zu verhindern aber nicht imstande gewesen.

(Fortsetzung folgt.)